

Lahnsteiner Tageblatt



Kreisblatt für den
Einziges amtliches Verkündigungs-
Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.

Kreis St. Goarshausen
blatt sämtlicher Behörden des Kreises.
Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und Feier-
tage. — Anzeigen-Preis:
die einpolige kleine Zeile
15 Pfennig.

Bezugs-Preis durch die
Geschäftsstelle oder durch
Boten vierteljährlich
Mark. Durch die Post frei
ins Haus Mark.

Mr. 49. Druck und Verlag der Buchdruckerei
Franz Schickel in Oberlahnstein.

Donnerstag, den 13. März 1919.

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Eduard Schickel, in Oberlahnstein.

56. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung

Die Gründung der preußischen Landesversammlung findet am Donnerstag, den 13. März, nachmittags 2 Uhr, im Abgeordnetenhaus zu Berlin statt.

Wiesbaden, den 12. März 1919.

Der Regierungspräsident.

Wird veröffentlicht.

St. Goarshausen, den 12. März 1919.

Der Landrat.

J. B. Baum.

Fabrikbesichtigungen.

Jede Civil oder Militärperson, die mit einem Befehl des hohen Oberbefehlshabers der 10. Armee oder einer Genehmigung der wirtschaftlichen Abteilung der 10. Armee verliehen ist, hat das Recht, jede Fabrik zu besichtigen.

Die Direktoren sind dazu verpflichtet, solche Besichtigungen möglichst zu erleichtern.

Den Industriellen steht es frei, ihren Betrieb durch die Vertreter der Gewerbe- und Handelsverbände der verbündeten Nationen, mit denen sie in Geschäftszusammenhang stehen, besichtigen zu lassen. In jedem anderen Falle sind sie nicht verpflichtet, eine Besichtigung ihrer Fabrik zuzulassen.

St. Goarshausen, den 9. März 1919.

Cercle de Saint Goarshausen.

Le Administrateur militaire.

geg.: G. H. Monod.

Wird hiermit veröffentlicht.

Die Herren Bürgermeister ersuchen ich ergebenst, die Industriellen besonders auf vorstehende Bekanntmachung hinzuweisen.

St. Goarshausen, den 10. März 1919.

Der Landrat.

J. B. Niewöhner.

Politische Nachrichten.

Die Friedensfrage.

Paris, 10. März. Beim Empfang der fremden Journalisten erklärte der französische Außenminister Pilon erheblich, die Lebensmittelversorgung Deutschlands werde abhängig gemacht von der Ausführung des Artikels 8 des Waffenstillstandsvertrages vom 16. Januar, der besagt, daß Deutschland seine Flotte den Alliierten zur Verfügung stellen müsse. Folglich könne man noch nicht daran denken, die Lebensmittelversorgung einzuleiten, solange nicht die Ablieferung der Flotte begonnen habe. Im übrigen seien alle Alliierten einig, Deutschland nicht Hungersnot zu lassen. Das sei eine Frage der Menschlichkeit.

Das Glückarmband.

Roman von Renntoh.

(Nachdruck verboten.)

Man vernahm nichts als ein tiefes, gleichmäßiges Einatmen, und diese Stille und Ruhe tat Edmund Herton wohl. Er trat ans Fenster und blickte hinaus, Wolken zogen über den Himmel; ein leichter Wind bog im Gartentor die Zweige der Bäume gegeneinander. Dann flammte es hell auf: Eine dunkle Wolkenbank zerrte, der Mond strahlte auf, Sterne blinnten, und ein Silberstrahl glitt hin über die träumende Welt.

Edmund Herton schloß die Augen, während er am Fenster stand. Er dachte an die Rädchenjahre seiner Mutter. Hier hatte sie gelebt, schön, jung, voll Feuer; hier lebte sie noch, eine alte Frau. Und der eigentliche, wahre Inhalt dieses Lebens? Ein paar Turze, glückliche Vorbestände, vielleicht Monate, vielleicht Jahre, jedenfalls meindlich wenig gegen die Länge eines Menschenlebens wie das seiner Mutter.

Die Tür zu Christas Zimmer stand einen Spalt breit offen; da dort keine Rouladen herabgelassen waren, konnte durch dicke Fensterscheiben der Mond herein, und nunmehr alle die altvertrauten Gegenstände mit einem anderen Schein. Edmund Herton trat dicht nevin das Bett der alten Frau, um zu beobachten, ob man von hier aus durch das Mondlicht einen unangenehmen Eindruck erhalten könne, doch erkannte er keinerlei, als er die dunklen Augen der Falzengenden groß, weit offen auf sich gesetzte.

„Bist du wach, Mutter? Soll ich Christa rufen?“ fragte er besorgt.

„Sie weinte leicht mit der Hand ab.

„Nein. Ich liege sehr gut so. Und es tut mir wohl, daß du bei mir bist, Edmund. Ich — ich fürchte mich.“

„Sie tastete nach seiner Hand, ihre Finger brannten.“

„Wovor, Mutter?“ fragte er Janst. Dabei folgte er dem Blicke ihrer Augen, die durch das Zimmer bis zu

Die gestern getroffenen Anordnungen bezüglich der Belebung eines jeden Alliierten zu dieser Lebensmittelbeschaffung seien sehr befriedigend.

Zweitens, die vor dem 15. Februar ernannten Ausschüsse hätten ihre Berichte beendet, oder seien wenigstens nahe daran, die anderen würden sie bis zum 15. März beenden. Die Ausschüsse, die über die tschechoslowakischen, griechischen, belgischen und rumänischen Angelegenheiten die Verantwortung hätten, hätten ihre Arbeiten beendet. Die Friedenspräliminarien würden schneller unterzeichnet werden, als man gedacht habe.

Drittens, die italienischen Grenzfragen und die Fragen der Zurückforderungen Frankreichs seien gerecht, gemäßigt und hätten keinen annexionistischen Charakter.

Viertens, alle Punkte des Vorschlags Lloyd Georges betreffs der Entmischung Deutschlands seien angenommen.

Fünftens, die Regierung Scheidemann scheine über die Spartakiden gesiegt zu haben, aber um den Preis großer Zugeständnisse. Die Angliederung Österreichs an Deutschland könne sich nicht nur nach dem Willen der Österreich und Deutschen vollziehen, sondern es könne einzig der Konferenz zu, darüber zu entscheiden, und es stünde fest, daß sie eine Entscheidung gegen den Willen der Deutschen treffen würde.

Sechstens, betreffs der Schaffung eines rheinisch-westfälischen Staates als Pufferstaat hätten lediglich Verhandlungen stattgefunden, ohne daß die Angelegenheit noch weiter geprüft würde.

Die Lebensmittel- und Schiffsfrage.

Paris, 11. März. (Havas.) Diplomatischer Situationsbericht. Der größte Teil der gestrigen Sitzungen des Obersten Rats der Alliierten war der Prüfung der Lage gewidmet, die durch die Unterbrechung der Verhandlung in Spaß geschaffen wurde. Es wurde beschlossen, in Deutschland eine Flotte zu schaffen, in der darauf dingegeben wird, daß Deutschland die in Artikel 8 des am 16. Februar in Trier unterzeichneten Waffenstillstands-Zusatzabkommen aufgestellten Bedingungen erfüllen müsse. Dieser Artikel lautet bekanntlich folgendermaßen: Um die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zu sichern, wird die deutsche Regierung alle Maßnahmen treffen, um während der Dauer des Waffenstillstandes die deutsche Handelsflotte unter die Kontrolle und unter die Flagge der alliierten Mächte, sowie der Vereinigten Staaten, denen ein deutscher Delegierter beigegeben wird, zu stellen. Diese Abmachungen präzisieren in keiner Weise die endgültigen Verfugungen über die Schiffe. Der Stand der Alliierten geht nun dahin, daß es unzulässig ist, daß Deutschland, nachdem es der Ablieferung der Handelsflotte zugestimmt hat, heute ihre Übergabe an Bedingungen hinschieben will. Die Alliierten sind bereit, die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln in vernünftiger Weise vorzunehmen. Sie erwarteten jedoch, daß Deutschland ihnen die hierfür erforderlichen Materialien verschafft, indem es die Handelsflotte überlässt.

Die englische Auffassung.

London, 11. März. Reuter erfährt, alle an amtlicher Stelle eingegangenen Berichte lauten dahin, den großen Ernst der jetzigen Lage Deutschlands zu bestätigen. Man glaube nicht, daß die schwierige Lage durch amtliche Berichte zwecks Stimmungsmache übertrieben werde. In Bayern werde seit Eisners Ermordung der Centralrat, die einzige bestehende Regierungsstelle, durch eine kleine Gruppe von Bolschewiken beherrscht. Diese bolschewistische Röverschaft erläßt offen, daß Deutschland ihr gleichgültig ist. Ihr einziger Zweck sei, die Lebend der russischen Revolution auszubreiten. So werde zum ersten Male eine reine Bolschewikenregierung in Deutschland errichtet, die durch russische Sendboten beaufsichtigt werde und in enger Fühlung mit dem Hauptquartier der Bolschewiken in Moskau stehe. Scheidemanns Regierung halte man allgemein für auf sehr schwachen Füßen stehend. Ihre einzige Stütze sei die Streitmacht von 36 000 Mann unter Noske.

Deutsche Kriegsgefangene in England.

London, 11. März. (Havas.) Im Unterhaus teilte Winston Churchill mit, daß die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in England sich auf 100 358 belasse, von denen 62 897 in der Landwirtschaft bei der Bodenmelioration, in der Forstwirtschaft, beim Schiffbau und bei anderen Arbeiten beschäftigt sind.

Eine aus dem Haag verbreitete Meldung von der Besetzung Riga ist nicht zutreffend. Die deutschen Truppen stehen noch in ziemlich weiter Entfernung von Riga.

Ein Wahlsieg der amerikanischen Demokraten.

New York, 11. März. Trotz allen Angriffen der gesetzlichen Senatoren Borah, Reed, Ogorman gegen den Plan eines Völkerbundes erklärt sich die Mehrheit der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten von Tag zu Tag entschiedener für den Völkerbund. In dem Ausfall der Senatswahl im Staat Pennsylvania, der Heimat des Senators Knox, wo die Demokraten am Mittwoch den Sitz eines verstorbenen republikanischen Senators eroberten, sieht die demokratische Presse ein Zeichen für die Stimmung im Lande. Die heutigen Morgenblätter geben ohne weiteres zu, daß die Senatswahl von Pennsylvania die vom Senator Knox an die Wand gemalten Gefahren für die Freiheit und die Traditionen der Vereinigten Staaten nicht beachtet haben. Es scheint überhaupt von geringer Bedeutung, ob der Völkerbund in einer Woche und in drei Monaten gegründet wird, aber um so stärker betont tritt der Wunsch hervor, daß der Friede so bald wie möglich geschlossen wird, ohne Rücksicht auf alle anderen Erörterungen.

Wer seinen Kartoffelrost brekt durch Erdbeben und sonstige Räuber, habt Zeit! Die Kartoffellager gehen schneller zur Reihe als jemals!

ich verliere alle, die in den Bann der blauen Schlange kommen. Vergeßt es mit, Edmund, daß du hier bleibst — hier an meinem Bett!“

Wieder hing ein Laut durch das Schweigen der Nacht; es war, als ob jemand leise, ganz leise, einen Schlüssel in ein Schloß stecke.

Die Augen der alten Frau glühen.

„Bleibe bei mir!“ wiedeholte sie immer wieder in einer fast wilden Angst.

„Ich rufe nach Christa“, sagte Edmund Herton zweifelhaft.

„Nein! Nicht nach Christa rufen! Hier bleiben, bei mir! Und still sein, ganz still! Schließ die Augen, Edmund! Es ist am besten, man sieht nichts.“

Sie ließ die breiten Bilder über die glänzenden Sterne fallen und preßte den Kopf an seine Brust, sie wollte auch nichts hören.

„Sei still, Mutter!“ — sagte Edmund, halb aus einem inneren Drang heraus, halb um die Erregte zu beruhigen.

„Ich bleibe bei dir, ich verspreche es dir!“ Die Augen schloß er aber nicht, öffnete sie vielmehr weit und starrte auf den hellen Streifen der Wand, den er durch die Türspalte sehen konnte, und an dem jetzt ein Schatten vorübergliß, eine große, hagere Gestalt unter einem breitkremigen Hut, von der sich nun auch im Lichtkreis des Mondes eine lange, magere Hand ausstreckte.

Edmund Herton wollte unwillkürlich auffahren und zur Tür eilen, doch die Arme der alten Frau umklammerten seinen Hals, so daß er hätte Gewalt brauchen müssen, um sie abzuschütteln. Starke blickte er auf das Spiel der nach dem Schloß des alten Glasfäßens tastenden hageren Fingers, die diesen dann ein wenig öffneten und hineinlangten.

Unwillkürlich schrie Herton auf: schrei schneidend blieb am vierten Finger dieser Hand im direkt dorausfallenden Mondestrahl ein Ring von altertümlicher eigenartiger Fassung, und der Maler kannte diesen Ring, wußte genau, wem er gehörte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Nationalversammlung

W e i m a r , 10. März. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation: Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen?

Reichsernährungsminister Schmidt: Die Frage, ob unsere Ernährung bis zum nächsten Wirtschaftsjahr ausreiche, muß ich verneinen. Was soll nun geschehen, um den Fehlbetrag zu decken? Es gibt zwei Wege: einmal könnten die Raten noch weiter herabgesetzt werden, das aber wird nicht möglich sein, denn die Lebensmittelraten sind schon so gering, daß eine weitere Herabsetzung nicht möglich ist. Es bleibt also nur übrig, den Fehlbetrag durch Einfuhr vom Auslande zu decken. Da wir die Forderungen des Verbandes, unsere Handelsflotte auszuliefern, ohne Gegenleistung zu einer Versorgung Deutschl. abgelehnt haben, müssen wir den weiteren Verlauf der Verhandlungen abwarten. Trotz alledem stünde es nicht so schlimm mit unserer Ernährung, wenn uns nicht durch einzelne Streiks u. politische Unruhen die Einfuhrmöglichkeit aus dem neutralen u. sogar aus dem feindlichen Ausland unterbunden wäre. Wir hätten unser Volk mancherlei Erleichterung schaffen können. Wir hätten Lebensmittel in nicht geringem Umsange, Reis, Del, Milch, Fleisch und Süßfrüchte, einführen können, wenn wir die nötigen Gegenleistungen dafür hätten bieten können, und zwar Kohle, Kali und Eisen. Weil wir Kohle, Kali und Eisen aber nicht bieten können, sind uns diese Lebensmittel vor der Nase weggeschleppt worden. (Behaftes hört, hört! Bewegung, Zurufe: Die Schuld der Unabhängigen!)

Jeder weitere Streik bedeutet also die Vernichtung des Rechtes unserer Volkswirtschaft.

W e i m a r , 11. März. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. Lahmann (Soz.) weist auf die unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln hin und fragt, was die Regierung zu tun gedenkt, um die Kartoffelbestände, die auf dem Lande vielfach verborgen gehalten werden, restlos zu erfassen.

Reichsernährungsminister Schmidt: Die Gründe dafür, daß die Abgabe der Wochentration von 5 Pfund nicht überall stattfinden kann, liegen hauptsächlich in den Transport Schwierigkeiten. Wegen der Zurückhaltung von Beständen sind die zuständigen Behörden wiederholt zu scharfer Überwachung aufgefordert worden. Eine restlose Erfassung der Kartoffelbestände auf dem Lande läßt sich zurzeit schon deshalb nicht ermöglichen, weil die Kartoffeln in den Mieten noch am sichersten vor dem Verderben bewahrt werden. Sobald frostfreies Wetter zu erwarten ist — Anfang April —, werden die Transporte in verstärktem Maße wieder aufgenommen werden.

Es folgt die Interpellation: Mit welchem Recht haben verschiedene Einzelstaaten tiefe Eingriffe in den Religionsunterricht vorgenommen?

Der Abg. Lic. Mumm begründet die Interpellation aus der nervösen Unruhe heraus, die diese Eingriffe bei der christlichen Bevölkerung hervorgerufen hätten. Es wurde durch ein eigenartiges Zwischenspiel unterbrochen, das unter dem alten Regime einen Sturm der Entrüstung der Parteien ergeben hätte, die heute die neue Reichsregierung bilden. Es war kein Regierungsvertreter da, der die Interpellation beantworten konnte, und die Reichsregierung ließ sich entschuldigen: sie hätte nicht gewußt, daß die Interpellation heute auf der Tagesordnung stünde, was gestern morgen schon jeder Besucher der Wandelgänge wußte. Es wurde, damit die Interpellation nicht abgesetzt zu werden brauchte, für einen späteren Termin eine formulierte Erklärung der Regierung in Aussicht gestellt. Jedenfalls ist es ganz interessant, daß kein zuständiger Regierungsvertreter die Interpellation mit angehört hatte.

Das „gleiche Recht“ im neuen Deutschland.

Aus Leipzig wird gemeldet: „Der engere Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats fordert die Beamten, da durch ihren Ausstand die Auszahlung von Kriegsunterstützungen, von Arbeitslosenunterstützung, Löhnen usw. verhindert wird, auf unverzüglich ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Es werde nicht geduldet werden, daß die Beamten Ausstandsunterstützung durch Fortzahlung ihres Gehälter bejügen. Der Arbeiter- und Soldatenrat werde Sorge tragen, daß den ausständigen Beamten die Ausstandsstage am Gehalt abgezogen würden und werde weitere Maßnahmen in Erwägung ziehen.“ Das ist die „unabhängige“ Gleichheit!

Die Versorgung der Rheinlande.

W e i m a r , 11. März. Der Nationalversammlung ist folgende Anfrage des Abg. Falz zugegangen:

Auf meine in der ersten Sitzung der Nationalversammlung am 19. Februar 1919 vorgetragene Bitte, die Reichsregierung möge dafür Sorge tragen, daß die Rheinlande genügend mit Brotgetreide, Mehl und Fett versorgt würden, erwiderte Herr Reichsminister Erzberger, die notwendigen Vorbereitungen dazu seien getroffen; es sei lediglich eine Stockung in der Sendung eingetreten. Gleichwohl sollen bis heute, abgesehen von Kartoffelwalmehl, als Erzeug für fehlende Kartoffeln und von geringen Nachlieferungen rückständiger Fettmengen, irgendwelche Zuweisungen weder in Mehl noch in Fett erfolgt sein. Ist das richtig? Welche Maßnahmen will die Reichsregierung ergreifen, damit die Bevölkerung der Rheinlande sofort und dauernd mit Fett und Mehl versorgt wird?

Kapitalentensteuer.

Wie die „Tägliche Rundsch.“ von zuverlässiger Seite erfährt, wird der Entwurf einer Kapitalentensteuer demnächst der Nationalversammlung vorgelegt. Eine Steuer von 10 Prozent ist demnach auf alle Coupons, Dividenden, Scheine und auch auf alle privaten Schulden zu beglichen.

Der Kriegsplan des Spartakus.

Aus Flugblättern und Schriftstücken, die man bei den schon sehr zahlreichen gefangenen Spartakisten gefunden hat, ergibt sich, daß sich Spartakus ein sehr weites Ziel gestellt hatte. Aus den Schriften werden auch die Zusammenhänge zwischen den Berliner Ereignissen und der russischen Werbeteiligkeit klar. Der Generalstreik sollte das Stichwort zu einem großen Putsch sein. In Regierungskreisen wußte man schon seit längerer Zeit, daß der Spartakusbund nicht nur auf die bewaffnete Unterstützung des Roten Soldatenbundes, sondern auch auf die der Volksmarinedivision und der revolutionären Soldatenwehr rechnen könnte. Der Plan der Spartakisten war folgender: zunächst sollte das Polizeipräsidium, und dann in den nächsten Tagen die übrigen öffentlichen Gebäude genommen werden. Am fünften Tage sollte die deutsche Räterepublik ausgerufen werden.

Die Lage in Berlin.

B e r l i n , 11. März. Das Massenmorden in Lichtenberg geht in gewissem Sinne planmäßig vorwärts. Von militärischer Seite wird mitgeteilt, daß in Lichtenberg Spartakiden im Flugblättern ausdrücklich zum Mord aufgefordert haben. Überdies ist an die Spartakiden von ihren Führern die Weisung gegeben worden, keine Gefangenen zu machen, sondern jeden gefangenen Regierungssoldaten zu erschießen.

Die Stadt ist für ihre Bewohner die reine Hölle geworden. Bewaffnete Banden beherrschen Lichtenberg mit einer grausamen Willkür, die vor nichts zurückstellt. Jeder besser gekleidete Bürger muß gewarnt sein, auf der Straße von einem Spartakiden festgenommen und auf eine Richtstätte zum Erschießen gebracht zu werden, wenn er sich nicht durch ein Lösegeld loskaufen kann.

B e r l i n , 11. März. Die Spartakiden sind bereit, zu verhandeln. In der heutigen Nacht erschien eine Aufforderung der Spartakiden beim Reichswehrminister Noske. Auf die Frage, unter welchen Bedingungen der Friede hergestellt werden könnte, wurde ihnen geantwortet, daß sie sich bedingungslos übergeben und alle Waffen abliefern müßten. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Seit heute räumen die Spartakiden ihre Stellung in Lichtenberg, da sie Gefahr laufen, umfaßt zu werden, und keine Aussicht mehr haben, ihre Stellung mit Erfolg zu behaupten. Sie haben eine große Menge von Maschinengewehren und Munition liegen lassen. Sie versuchten, durch die Warschauer Straße zu entkommen. Deswegen ist die über die Spree führende Oberbaumbrücke gesperrt worden. Alle Personen werden auf Waffen untersucht. Seit heute morgen rüsten die Truppen in größerem Umfang auf Lichtenberg vor. Das Lichtenberger Rathaus ist von den Spartakiden bereits verlassen. Auch dort hat man eine große Menge Munition und Waffen vorgefunden. Gegenwärtig halten sich die Spartakiden noch in der Frankfurter Allee, wo noch lebhafte Kämpfe mit den Regierungstruppen stattfinden.

B e r l i n , 11. März. Der Privattelephonverkehr in Berlin ist teilweise gesperrt. Es dürfen nur dienstliche und Militärgespräche geführt werden.

Das Blutbad von Lichtenberg.

Nach Angaben des Polizeipräsidenten von Lichtenberg Dr. v. Salmuth, der dem spartakistischen Massaker dadurch entrann, daß er die Spartakiden, die ihn zum Erschießen aus dem Gebäude des Polizeipräsidiums weggeschleppten wollten, mit einer größeren Geldsumme bestach, ist nicht daran zu zweifeln, daß dem Massenmord über 150 Menschen zum Opfer fielen. Wie er über die Vorgänge am Freitag in der „B. Z. a. M.“ mitteilte, zog die bewaffnete Spartakidenbande zuerst gegen das Postamt in der Margarethenstraße, das eine Abteilung der deutschen Schützen-Division in Stärke von einem Offizier und 54 Mann als Besatzung hatte. Das Postgebäude wurde von den Spartakiden mit Minenwerfern und Maschinengewehren beschossen. Nach einem nahezu dreistündigen Kampf mit einer an Zahl weitüberlegenen Bande schieden diese gegen sechs Uhr nachmittags Parlamentäre vor, die wegen Übergabe verhandeln sollten und durch Laut die Besatzung veranlaßten, die weiße Flagge zu hissen. Kaum war dies geschehen, so drangen die Spartakiden in das Postgebäude ein, entwaffneten die gesamte Besatzung und führten sie in den Hof der nahe gelegenen Schule. Die Postbeamten durften unbehelligt abziehen. Die Besatzung wurde auf dem Schulhof erschossen. Nach Mitteilung der deutschen Schützen-Division fanden sich aber einige Leute der Besatzung retten. Diese bestätigten, daß die Besatzung des Postgebäudes fast ganz niedergemacht wurde. Nachdem das Postgebäude genommen war, wandte sich der größte Teil in die Alfredstraße. Es gelang ihnen, das Gebäude in wenigen Minuten zu erobern. Sämtliche Beamten, die uniformierten und die nicht-uniformierten, wurden unter Misshandlung herausgeschleppt, in die verschiedenen nahe gelegenen Höfe gebracht und dort erschossen.

Nach russischem Muster!

Aus Weimar wird berichtet: Die Erfurter Spartakiden gingen auf die umliegenden Dörfer, plünderten die Gehöfte und zwangen die Bauern, ihre Ware in die Stadt zu bringen. Nur die Leute, die mit einem Ausweis der sozialdemokratischen Partei versehen sind, erhalten Brot!

400 000 Arbeiter für die Landwirtschaft gesucht.

W e i m a r , 11. März. Reichswirtschaftsminister Wissell mache in der Sitzung des Reichswirtschaftsausschusses u. a. noch folgende Ausführungen: „Dringende Arbeit wartet in der Landwirtschaft auf Erledigung. Auf den größeren Gütern liegen z. B. die Kartoffeln noch in den Mieten unberüttelt. Die Landwirtschaft bedarf noch der angestellten Schäfungen der sofortigen Einstellung von 400 000 Arbeitern und Arbeiterinnen.“

Die Geheimdiplomatie der neuen Regierung.

Man schreibt dem „Bonner Gen.-Anz.“:

Die Führung der auswärtigen Geschäfte des Deutschen Reiches hat immer noch nicht den alten Methoden entsagt, die Offenheit über bestehende Schwierigkeiten im Umlaufen zu lassen. Das kommt jetzt wieder bei den Verhandlungen mit Österreich über den Anschluß an uns zum Ausdruck. Die bisherigen Berichte, namentlich über die Verhandlungen mit dem wieder von Berlin abgereisten Staatssekretär Dr. Bauer erwecken den Anschein, als ob die Verhandlungen ohne besondere Schwierigkeiten einem bestreitenden Ende zustreben. Das ist aber nicht der Fall.

Wie uns aus Wien gemeldet, stehen dort die weitesten Kreise und sehr viele einflussreiche Stellen der Anschlußfrage auch heute noch äußerst kühn gegenüber. Deutschland kann auf den Anschluß nur rechnen, wenn es sich was lohnen läßt. Man erwartet in Wien auf alle Fälle, daß Deutschland die Kriegsschuld Deutsch-Osteuropas übernimmt. Dieses Zugeständnis bringt Dr. Bauer aber nicht aus Berlin zurück. Er hat in diesem Punkte glatte Ablehnung gefunden, da vereinbart wurde, daß jeder der Anschlußteilnehmer seine Kriegsschulden selbst deckt. Bezeichnend ist auch, daß das Berliner amtliche Kommuniqué verschweigt welche Vorteile Wien in Zukunft zugebilligt werden sollen. Auf die Vormachtstellung Wiens wird in Österreich das allergrößte Gewicht gelegt. Schließlich besteht dort die feste Überzeugung, daß eine weitere Radikalisierung von Sachsen und Bayern jede Anschlußmöglichkeit Österreichs ausschließt.

Aufrechte Kenner der Verhältnisse machen keinen Hehl daraus, daß die Entente zurzeit mehr Ansicht hat Deutschland Österreich ihrem Staatsystem anzugehören als wir, und die Reichsregierung tut großes Unrecht daran, daß sie bei der Orientierung der deutschen Offenheitlichkeit die alte Methode der Schönfärberei nicht endgültig aufgibt.

Über das Schicksal der Rheinlande.

Spaltet sich laut der „Köln. Btg.“ der Amerikaner Frank J. Minotis wie folgt aus: Elsaß-Lothringen wird ohne Volksabstimmung französisches Gebiet, ebenso das wegen der Kohlenschäfe kleine, aber wichtige Gebiet des Saartales, da die französischen Kohlenbetriebe durch den Krieg für mindestens 10 Jahre außer Betrieb gesetzt sind, und einige französisch sprechende Städte an der belgischen Grenze, wie z. B. Malmedy. Das übrige Rheinland westlich vom Rhein soll rheinische Republik werden, um es dem übeln Einfluß des preußischen Geistes zu entziehen. Da man aber den Rheinländern, daß freie Selbstbestimmungsrecht nicht nehmen wolle, solle die Republik so lange bestehen bleiben, bis Deutschland seinen finanziellen Verpflichtungen gegen Frankreich und Belgien nachgekommen sei und alle Verpflichtungen erfüllt habe, die ihm der neue Versailler Vertrag auferlegt. Sei das geschehen, so würden die Besatzungsheere, die bis dahin am Rhein Wacht halten werden, zurückgezogen, und dann werde es der Bevölkerung der rheinischen Republik überlassen werden nach ihrem freien Willen zu entscheiden, ob sie zu Deutschland zurückkehren oder als ein unabhängiger Staat weiter bestehen wolle. Während der Dauer der Besetzung aber, die ein Jahrzehnt währen könnte, blieb das westliche Rheinland unter Aufsicht des Nationen des Völkerbundes und Deutschland endige am Rhein.

Aus dem besetzten Gebiet.

Ein Ausfuhrkommisar im besetzten linksrheinischen Gebiet. Die Handelskammer zu Berlin weiß die beteiligten Kreise darauf hin, daß der Reichskommisar für Aus- und Einfuhrbewilligung mit Rücksicht auf die Verkehrserschütterungen zwischen dem besetzten linksrheinischen und dem rechtsrheinischen Gebiet einen Beauftragten in das besetzte Gebiet mit dem Wohnsitz in Köln, Blaubach 1, entlassen hat. Der Beauftragte wird für das besetzte linksrheinische Gebiet Ausfuhrbewilligungen nach den bestehenden Grundlagen erteilen.

Neuregelung der Kriegsteuerungszulagen.

B e r l i n , 10. März. Die bereits vor einigen Tagen angekündigte Neuregelung der Kriegsteuerungszulagen für Reichsbeamte sowie für preußische Staatsbeamte ist inzwischen erfolgt. Sie wird dem Beamtenhaushalt, der unter der allgemeinen Teuerung besonders schwer zu leiden hat, weil er sich mit einem fast unveränderlichen Dienstentgelt einrichten muß, eine wirksame Erleichterung bringen. Die Neuregelung enthält eine erhebliche Steigerung des laufenden Kriegsteuerungsbetrag. Sie legt an die Stelle des bisherigen einigermaßen verwiderten Systems von laufenden Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen eine einheitliche Zulage. Sie ist nach Teuerungsbezirken in drei Gruppen derartig abgefaßt, daß an teuersten Orten die geringbefoldeten Beamten die höchste Zulage (200 Mark monatlich) erhalten. In den weniger teuren Orten und mit dem Steigen der Gehälter fällt die Zulage (bis 130 Mark monatlich), Beamte, deren Gehälter 13 000 Mark übersteigen, erhalten keine Zulage. Daneben werden einheitliche Kinderzulagen in der Abstufung von 50 Mark, 40 Mark und 30 Mark nach den drei Gruppen gewährt. Der dringende Wunsch nach Gleichstellung der ledigen Beamten, die einen eignen Haushalt führen, mit den kinderlos Verheirateten, ist erfüllt. Die Vertragsangestellten des Bureau-, Kassen- und Kanzleidienstes an größeren Orten erhalten die gleichen Zulagen wie die Beamten. Die Aufenthaltsentschädigung und Hinterbliebenen nehmen an der Aufbesserung nach den bisherigen Grundlagen teil. Die namentlich an den teuersten Orten und für die Empfänger der niedrigsten Gehälter sehr beträchtliche Verbesserung, die gleichzeitig an Stelle der bei einzelnen Verwaltungen gezahlten Sonderzulagen tritt, wird schon vom 1. Januar dieses Jahres an wirksam. Sie erfordert allein für Preußen einen Jahresaufwand von weit über eine halbe Milliarde.

Mark und geht bis an die äußerste Grenze der Leistungsfähigkeit des Staates.

Der König von Bayern — obdachlos.

München, 11. März. Der ehemalige König von Bayern, der in der ersten Revolutionsnacht von München auf österreichisches Gebiet flüchtete, lebte vor dort wieder abseits auf Schloss Wildenwarth zurück, das sich die königliche Familie zu ihrem ständigen Aufenthalt ausgesucht hatte. Vor einigen Tagen traf der König in Begleitung seines Adjutanten, Graf von Hohnstein, in Kusstein ein und nahm dort im Hotel "Post" Wohnung. Von dort machte er verschiedene Ausflüge in die Umgebung der Kussteiner Berge. Da indessen ein Trupp von zehn Spartakisten den König von Bayern verfolgte, musste er nach kurzem Aufenthalt wieder abreisen, um in einem einsamen Hochtal Nordtirols vor seinen Verfolgern Zuflucht zu suchen. Auch der Bruder des Königs, der frühere Oberkommandierende im Osten, Prinz Leopold, ist aus München geflohen, da seine Internierung als Geisel bevorstehen sollte. Er wohnt gegenwärtig mit seiner Familie in Reutte in Tirol. Zu dem Verlangen der Innsbrucker sozialdemokratischen Volkszeitung, daß die Tiroler Landesregierung sowohl dem Prinzen als auch dem König den Aufenthalt im Lande Tirol untersagen solle, meinen die "Innsbrucker Nachrichten", daß kein Anlaß besthebe, dem Erkönig den Aufenthalt in Tirol zu verleidern. Ein Tiroler Blatt schildert die Flucht des Königs aus Kusstein: Nachts standen mehrere Gendarmen auf der Innbrücke und im Hotel "Post", um den König vor Überfällen zu sichern. Der König soll gesagt haben: "Jetzt bin ich 74 Jahre alt und habe keinen Platz, wo ich mein Haupt hinlegen könnte." Er stand frühmorgens am Fenster und weinte, den Blick nach seinem nahen Bayernlande gewendet.

Der Bürgermeister von Saarbrücken seines Amtes enthoben.

Genf, 11. März. Bürgermeister Mangold von Saarbrücken wurde von der französischen Militärbehörde seiner Funktionen enthoben.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 13. März

(1) Frühlings. Winterstürme wichen dem Wonnemonat. Nach den trüben Tagen der letzten Wochen hat der Himmel sein heiterstes Gesicht aufgesetzt, gleichsam als wolle er uns für die lange Regenzeit entschädigen. Die Sonnenstrahlen sind schon maienhaft warm und veranlassen manchen, der in letzter Zeit am liebsten hinter dem warmen Ofen gesessen, hinaus ins Freie zu wandern. Kein Wunder auch, wenn bei diesem Frühlingsüberwachen jung und alt neu belebt wird. Nicht lange mehr wird es nun dauern, und die Natur wird zu grünen beginnen; in Feld und Wald wird es lebendig werden und die Natur wird ihre Riesearbeit beginnen. Wenn doch auch endlich bei den Menschen die gelbe Arbeit dauernde Arbeit einsehen möchte!

(1) Wirtschaftsabteilung. Die im Befehl 41 vom 18. 1. 1919 der Interalliierten Kommission in Trier erwähnten Wirtschaftsabteilungen haben ihren Sitz: 1. für die Zone der belg. Armee a) Kommission de districts in Aachen, Monheims-Allee 42, b) Wirtschaftsabteilung in Trefeld, Ostwall 255; 2. für die Zone der englischen Armee Commission économique Élin, Monopol Hotel; 3. für die Zone der amerikanischen Armee Economic section, Advance General Headquarters, American Expeditionary Forces, Trier; 4. für die Zone der französischen Armee in Ludwigshafen und Mainz. Die Beförderungsanträge sind an die zuständigen Handelskammern einzureichen, die sie der Wirtschaftsabteilung weitergeben.

(1) Die Ferienordnung der Rheinprovinz die auch für das hiesige Gymnasium maßgebend ist für das Schuljahr 1919-20 ist vom Oberpräsidenten festgesetzt worden. Sie gilt für die Orte mit höheren Schulen oder Lehrer- und Lehrerinnenseminaren für alle Schulgattungen. Vor Ostern schließt der Unterricht am Donnerstag den 3. April, und beginnt wieder am Donnerstag, den 24. April. Pfingstferien sind vom Freitag, 6. Juni, bis Dienstag, 17. Juni; Hauptferien von Dienstag, 8. August bis Mittwoch, 10. Septbr. Weihnachtsferien von Dienstag, 23. Dezember, bis Donnerstag, 8. Jan. 1920. Das Schuljahr schließt am Dienstag, 30. März 1920.

(1) Die Ausstellung von Ausweisen. Die Schiffsgruppe West, Betriebsstelle Koblenz, teilt mit: In letzter Zeit sind verschiedene nicht einwandfreie Vor-Kommunike bei Beantragung von Ausweisen festgestellt worden. Es wird daher hiermit bestimmt, daß für die Folge jeder Antrag auf Ausstellung von Ausweisen firmenmäßig unterschrieben sein muß. Jeder Antrag, welcher dieser Vorschrift nicht entspricht, wird zurückgewiesen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Firmen für die Richtigkeit der in den Anträgen gemachten Angaben voll und ganz verantwortlich sind. Sollte es wieder vorkommen, daß Ausweise beantragt werden für Leute, die in den betreffenden Betrieben gar nicht beschäftigt sind oder deren Beruf unrichtig angegeben ist, so wird die Schiffsgruppe West gegen die betreffende Firma rücksichtslos einschreiten. Ausweise für Schiffer im Bezirk Bingen-Nemagen sind nur durch die Schiffsgruppe West, Betriebsstelle Koblenz (Hotel Adler) zu beantragen.

?? Vom Wein. Der Wein aus den deutschen Weingeschäften soll verkaufst werden und zwar — wie jetzt bei solchen Verkäufen — nur an Großabnehmer. Die Mindestmenge ist 200 Hektoliter gleich 20 000 Liter! Die "C. Volksztg." schreibt hierüber: Zu der Dessenlichkeit bestehen zum Teil irrite Aussassungen über die Maßnahmen, die zum Zwecke der Bewertung der großen im Bf von Heer und Marine vorgefundenen Weinbestände

getroffen worden sind. Es ist beabsichtigt, die Weinverträge im Interesse der Allgemeinheit so bald wie möglich in den Verbrauch zu überführen. Zu diesem Zwecke ist die Weinhandelsgesellschaft in Berlin NW 7, Neue Wilhelmstraße 2 (Dorotheenhaus), mit der Erfassung der Lager sowie mit der Lagerung, der pfleghaften Behandlung und dem Verkauf der übernommenen Weinmengen für Rechnung des Reiches beauftragt worden. Die Weinhandelsgesellschaft zieht aus dieser Tätigkeit keinen Verdienst, sondern erhält nur ihre Untosten erzeigt. Sie wird demnächst mit dem Verkauf größerer Mengen, und zwar zunächst gewisser in Homburg übernommenen Partien, beginnen. Ein entsprechendes Angebot ist in den Tageszeitungen bereits veröffentlicht worden. Der Verkauf erfolgt zu Preisen, die nach Begutachtung durch Sachverständige vom Reichsverwaltungsamt festgesetzt werden. Hierbei ist in Aussicht genommen, nur eine Mindestmenge von 200 Hektoliter oder 10 000 Flaschen (!) an einen Abnehmer abzugeben. Eine solche Begrenzung ist technisch notwendig, weil bei den zum Verkauf gelangenden außerordentlich großen Vorräten nicht mit jedem einzelnen Abnehmer über geringfügige Angebote verhandelt werden kann. Auch wird durch diese Bestimmung gesichert, daß in Abneigung an die im Frieden bestehenden Verhältnisse der Großhandel beim Bezugspunkt beteiligt (das heißt allein zugelassen wird. D. Red.) wird. Die Mitwirkung des Weingroßhandels, der allein über die erforderlichen Lagereinrichtungen und Verkaufsorganisationen verfügt, ist bei den in Frage kommenden Mengen und bei der Qualität der Weine, die jahrmännlicher Behandlung bedürfen, ein dringendes wirtschaftliches Bedürfnis. Solchen Händlern, die nicht die ganze Menge beziehen wollen, bleibt es unbenommen, sich mit anderen Firmen der Branche zum Bezug der Mindestmenge zusammenzuschließen. Anerkennung der Red. Der langen Rede für den Sinn ist der, daß "der Einfachheit halber" nur der "Großabnehmer" in Frage kommt und der kleine Händler den Wein erhält, wenn sich große Spekulanten zuvor gründlich die Hände gewaschen haben!

Niederlahnstein, den 13. März.

(1) Schiffsgruppe West, Betriebsstelle Koblenz. Die Interalliierte Schiffsgruppe hat folgende Verfügung erlassen: "Die G. I. R. C. untersagt jede Neubildung einer syndikalistischen Organisation oder einer beruflichen Vereinigung von Schiffsstrebenden im besetzten Gebiet, welches auch der erklärte Zweck dieser Vereinigungen kein möge. Das weitere Bestehen der beruflichen Zusammenschlüsse oder Vereinigungen, die bereits am 11. November 1918 bestanden, ist nur insofern genehmigt, als sie nicht gegen die von den Besatzungstruppen erlassenen Bestimmungen, die Wahrung der Interessen der Armeen und den streng ordnungsgemäßen Betrieb des Schiffsstrebendienstes verstößen."

(1) Mielmann, 12. März. In unserer kleinen Gemeinde vollzieht sich dieser Tage eine für die Geschichte des Dorfes wichtige Begebenheit, indem unser weibefamter und geachteter Herr Bürgermeister Sabel, der das Gemeindeoberhaupt 23 Jahre lang gewissenhaft vorstellte, von seinem Posten zurücktritt. An seine Stelle kommt der seit 2 Jahren hier wohnhafte Herr Karl Kloß, ein geborener Braunschweiger und in seinem Erwerbszweige als Mühlbauer bei der Löhner Mühle tätig ist. Ortsangehörige Bürger, denen man den Bürgermeisterposten angetragen hatte, haben abgelehnt und deshalb ist es um so freudiger zu begrüßen, daß Herr Kloß den immerhin schon verantwortlichen Posten übernommen hat. Möge es ihm vergönnt sein, das Amt zum Segen der Gemeinde recht lange verwahren zu können.

Aus Nah und Fern.

Limburg, 12. März. Das Ehrenbürgerrecht der Stadt Limburg ist in der Stadtverordnetensitzung vom Samstag Rentner Joseph Heppel aus Aulach seines 70. Geburtstages am 6. Mai verliehen worden.

Dillenburg, 12. März. Vorige Woche wurden Dillenburg, Herborn und Umgegend mit dem Infanterie-Regiment 81 bis Friedensschluß belegt.

Aus dem Taunus, 11. März. Die Neuwahlen zu den ländlichen Gemeinderäten in dem unbelebten Gebiet fanden allenthalben unter meist sehr starker Beteiligung statt. Selbst im kleinsten Dörlein tat man es nicht unter zwei Listen. Aber nur in Orten mit starker Arbeiterbevölkerung waren diese nach politischen Rücksichten aufgestellt. In den kleinen Landorten war es gewöhnlich das Bestreben, den "alten" Gemeinderat durch neue Männer zu ersetzen, wozu meist eine recht rege Werbetätigkeit einleitete. In den meisten Orten war ihr jedoch der Erfolg verweht. Fast überall brachte die Opposition von ihren sechs Kandidaten nur einen oder zwei durch, sodass die "Alten" die Mehrheit im Dorfparlament behalten haben, während den "Jungen" eine Mitwirkung gesichert ist. Aber auch in den meisten Industrieorten kam eine bürgerliche Mehrheit zu stande. Nur in einzelnen Gemeinden erhielten die Sozialdemokraten die Mehrheit der Sipe im Gemeinderat.

Wiesbaden, 11. März. Im Polizeigefängnis hängt hat sich ein hier geborener, zuletzt in Mainz wohnhaft gewesener Mann, welcher wegen eines in Mainz verübten Einbruchs diebstahls hier festgenommen worden war.

Frankfurt, 12. März. Ein Kind ausgesetzt. Zwischen Rolladen und Haustür ihrer Gastwirtschaft, Hombergerstr. 19, fand Samstag abend kurz nach 11 Uhr die Witwe Hergenröder ein sauber gebettetes und gut angezogenes etwa acht Wochen altes Knäblein lebend vor. In einem beigelegten Briefe bitten die Eltern, daß sie "unter Tränen und aus Not gezwungen seien, den Knaben in andere, bessere und liebvolle Hände zu geben, da sie selbst

nicht mehr in der Lage seien, das Kind weiter zu ernähren". Das Kind wurde vorerst dem Elisabethen-Krankenhaus übergeben. Die Eltern sind noch nicht ermittelt.

Gustavburg. Unsere durchbare Lebensmittelnot wird durch ein bedauerliches Vorkommnis aus hiesiger Gemeinde recht drastisch beleuchtet. Der alleinwohnende leidige Arbeiter Röhnert war seit einiger Zeit von seinen Bekannten nicht mehr gesehen worden. Man schöpft schließlich Verdacht, daß ihm ein Unglück zugestochen sei. Als man nach ihm sah, fand man ihn völlig entkräftet in erbarmungslosigem Zustand vor. Der Arme wurde sofort in das Mainzer Krankenhaus gebracht, wo er nun mehr an den Folgen der unzureichenden Ernährung gestorben ist.

Coblenz, 13. März. Ein trauriger Gedenktag ist der 12. März. Gestern vor einem Jahre war es, als gegen die Mittagsstunde unvermutet mehrere feindliche Flieger über unserer Stadt erschienen und eine Anzahl Bomben abwurfen, die leider eine beträchtliche Anzahl Opfer, darunter zahlreiche Tote forderten. Es war dies der zweite Fliegerangriff und zugleich der verlustreichste. Der erste Fliegerangriff war am Abend des 1. Oktober 1917.

Neuwied, 12. März. Am Mittwoch nachmittag ist in Jelich ein mit zwei Maultieren bespanntes amerikanisches Fuhrwerk in den Rhein gefahren. Unter dem Verdeck des Wagens lag ein Soldat, der im letzten Augenblick der Katastrophe auf das Verdeck hinauf flatterte. Als die Tiere den Wagen aber noch tiefer in den Rhein zogen, sprang der Soldat herunter, um das Ufer zu erreichen; er wurde jedoch von der Strömung mit fortgerissen und ertrank. Die Leiche des Ertrunkenen konnte noch nicht gefunden werden. Der Wagen mit den gleichfalls ertrunkenen Maultieren wurde später aus dem Fluss herausgezogen.

Mülheim (Ruhr), 12. März. Die Firma Thyssen bringt auf ihren Werken durch Anschlag zur Kenntnis, daß sie infolge der fortwährenden Unruhen und Arbeitseinstellungen, besonders durch die seit Monaten andauernden Streiks der Bergleute gezwungen sei, den Betrieb in allerhöchster Zeit stark einzuschränken, vielleicht auch auf längere Zeit ganz stillzulegen. Sie bittet, um plötzliche große Arbeitslosigkeit mit ihren traurigen und unabsehbaren Folgen zu vermeiden, ihre Werksangehörigen, sich soweit wie möglich, nach einer andern Beschäftigung umzusehen.

Die Universität Hamburg gesichert.

Die Hamburger Bürgerschaft überwies das eingebrachte Notgebet, betreffend Errichtung einer Universität in Verbindung mit einer Volksschule dem bestehenden Universitätsausschuss zur Prüfung. Da in diesem Universitätsausschuss die Mehrheit für die Errichtung einer Universität in diesem Sinne ist, so wird bereits in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft die Universität beschlossen werden.

Wie manche Leute ihr Geld verdienen!

Vor zwölf Jahren wollte ein Besitzer in Frankfurt seinen Adler verkaufen, der weit draußen vor Frankfurt lag. Man bot ihm 25 000 M. Das war ihm zu wenig. In den nächsten Jahren wuchs die Stadt bis an den Adler heran. Die neue Zeppelin-Allee ging direkt an dieser Landstelle vorbei. Im Jahre 1913 erhielt er darum 230 000 M. für sein Grundstück. Der Mann hat 205 000 M. ohne Arbeit verdient. Ein kleiner Beamter müßte beinahe 100 Jahre lang für dieses Geld arbeiten. Es ist nicht mehr als recht und billig, wenn der Staat einen Teil solcher Gewinne als Steuer erhält, damit die anderen Steuerzahler ein wenig entlastet werden. Diese Wertzuwachssteuer ist von den Bodenreformern schon seit Jahren gefordert worden.

Räuber mit Handgranaten.

In Nierostow in der Lüchler Heide (Westpreußen) wurden nachts von einer Räuberbande Handgranaten in die Wohnung des Besitzers geworfen. Friede, seine Frau und die ältere Tochter wurden tödlich verletzt, die beiden Söhne schwer verwundet, die Wohnung völlig zerstört und ausgeraubt.

Literarisches.

Die Vertreter des neuen Deutschlands. Während früher die gelehrteten Berufe die größte Zahl der Mitglieder zu den Parlamenten stellten, sind jetzt im Zeitalter der Demokratie sehr viele Männer in der Nationalversammlung, die aus den einfachen Volkskreisen hervorgegangen sind. Wenn man jetzt z. B. in dem eben erschienenen Büchlein "Die Nationalversammlung im Wort und Bild" (Stuttgart, Volksverlag für Politik und Verkehr M. 1,20) die Lebensläufe der Abgeordneten liest, erkennt man so recht den Aufstieg des Volkes im neuen Deutschland. Da gibt es eine Menge Abgeordneter, die als Arbeiter oder Handwerker begonnen haben, um dann in die politische Laufbahn einzutreten. Es ist sehr lehrreich, diese kurzen Biographien zu lesen, deren Interesse noch dadurch erhöht wird, daß das Büchlein auch die Bilder der Abgeordneten enthält. Außerdem findet man darin eine belehrende Statistik der Wahlen und alles Wichtige über die neue Reichsverfassung.

AMBI-DACHSTEIN
Maschine für Handbetrieb

Ambi Abt. H. K. Charlottenburg 9.

Bekanntmachungen.

Holzversteigerung.

Am Freitag, 14. März cr., vormittags 10 Uhr anfangend werden öffentlich meistbietend versteigert:

Distr. Pr. Verhau 75

86 Rm. Buchenscheit- und Knüppel (Innig u. Anbruch)

99 Reiserknüppel

1840 Buchenwellen.

Zusammenkunst am alten Erzweg.

Oberlahnstein, den 10. März 1919.

Der Magistrat.

J. B.: Herber, Beigeordneter.

Die neuen Brotkarten

werden wie folgt ausgegeben:

1. Freitag, den 14. März nachm. von 2—5 Uhr

2. Samstag, den 15. März, nachm. von 2½—6 Uhr

An Kinder unter 14 Jahren werden keine Brotkarten

verausgabt.

Diejenigen, welche die neuen Lebensmittelkarten nicht abgeholt haben, werden ersucht, dieselben vor der Brotkartenausgabe abzuholen, da sonst keine Brotkarten verabfolgt werden können.

Oberlahnstein, den 12. März 1919.

Der Magistrat.

Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am Freitag, den 14. März, nachmittags 5 Uhr im Rathausaal.

Tagess-Ordnung.

1. Wahl des Kuratoriums für die Kriegshilfskasse.

2. Kanalisation der Hochstraße von Rheinstraße bis Schulstraße und der Schulstraße bis zur Wilhelmstraße, ferner der Hochstraße von der Burgstraße bis zur Kirchstraße.

3. Buschus zur Kaufmännischen Fortbildungsschule.

4. Mitteilungen.

5. Geheime Sitzung.

Oberlahnstein, den 10. März 1919.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung: Dr. Dender.

Bekanntmachung.

Betr. Enteignung von Grundstücken in der Gemarkung Niederlahnstein.

Die Preußische und Hessische Eisenbahn-Direktion zu Mainz beabsichtigt die Erweiterung des Bahnhofs Niederlahnstein und im Zusammenhang hiermit eine Privatanschlussbahn für die Firma C. S. Schmidt zu Niederlahnstein nach Maßgabe der Eintragungen in anliegendem Plan in roter und grüner Farbe.

Die Unternehmer haben die Durchführung der Enteignung und gleichzeitig auch die Bescheinigung für das hierzu benötigte Gelände auf Grund der Verordnung vom 17. 11. 1918 (G. S. S. 199) bei mir beantragt. Nach Anhörung des Enteignungsausschusses des Bezirksbeirats ist die Zulässigkeit der Enteignung für das zur Erweiterung des Bahnhofs Niederlahnstein benötigte Gelände und die im Zusammenhang hiermit stehende Herstellung eines Privatanschlussgleises für die Firma Drahtwerke C. S. Schmidt zu Niederlahnstein für zulässig erklärt worden. Demzufolge ersuche ich den von mir vorläufig festgestellten Plan sowie diese Enteignung im Bezirke Niederlahnstein eine Woche zu Jedermand's Einsicht offen zu legen. Während dieser Zeit kann jeder Beteiligte im Umfang seiner Einwendungen gegen den Plan erheben. Die Einwendungen sind bei der Polizei-Verwaltung Niederlahnstein entweder schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu geben.

Zur Erörterung etwaiger gegen den Plan sowie gegen die Bescheinigung erhobenen Einwendungen sowie zur Feststellung der Höhe der durch die Bescheinigung entstehenden Entschädigung bestimme ich Termin auf Dienstag, den 18. März, vormittags 11 Uhr im Warte- saal des Bahnhofs Niederlahnstein.

Interessenten werden zu diesem Termine hiermit vor- geladen. Im Falle der Beteiligung können sie sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen.

Wiesbaden, den 5. März 1919.

Der Regierungspräsident als Demobilisierungskommissar

Im Auftrage: Röder.

Wird veröffentlicht.

Niederlahnstein, den 6. März 1919.

Der Magistrat Röder.

Begegnung.

Das Dammpäckchen, welches bekanntlich für den öffentlichen Verkehr sehr viel Bedeutung hat, dient fortgesetzt zur Ablagerung allerlei ekelerregenden menschlichen und tierischen Unrat; auch ist die Begehung des Päckchens infolge der Durchquerung der Kleinbahn eine reale Gefahr für das menschliche Leben und erst im vergangenen Sommer ist eine Frau tödlich überfahren worden.

Zur Beseitigung dieser großen Niststände soll der Dammpäckchen als öffentlicher Weg eingeugen werden. Die'se Vorhaben bringen wir hierdurch gemäß § 57 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. 8. 1883 mit der Aufforderung zur Kenntnis etwaiger Interessenten, Einsprüche binnen 4 Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses schriftlich bei uns geltend zu machen.

Braubach, den 10. März 1919.

Die Wegepolizeibehörde.

Kirchenchor "Caecilia"

von jetzt ab
Freitags abends 8 Uhr und
Sonntags

regelmäßige
Gesangproben.

xxxxxx

Sprachführer

deutsch-französisch
und

französisch-deutsch
wieder eingetragen zu 70 Pf.

und 1 Franc bei

Papiergeschäft

Ed. Schickel,

xxxxxx

Stets

frische Hefe

Ja helle Ware vorrätig für
Bäcker und Wiederverkäufer
per Pfund 1.60 Mk.

Theod. Waldorf

Burgstraße 16.

Josef Hewel,

Beerdigungsinstitut
R. Lahnstein, Kirchgasse 4.

xxxxxx

Spezialist
f. Bruchleidende

Georg Rohr
Bandagist

COBLENZ

lesuitengasse 8.

Bruchbänder

xxxxxx

Leibbinden

etc. jedes System, für alle
selbst die schwersten Fälle
unter Garantie.

Fachmännische und Damen-
bedienung.

Illustrierte Preislisten fr.
Krankenkassen bed. Rabatt.

xxxxxx

Kräftiger

Lager-Arbeiter

gel. Meldungen am Lagerdienst
Wittelsbach, nass. Gauernierviertel.

Niederlahnstein.

Schuhmachergeselle- und

Lehrling

gesucht Julius Müller, Ober-
lahnstein Burgstraße 1.

xxxxxx

Ein Mann

für Weinberg und Gartenarbeit
 sofort ges. Röh. Burgstr. 47.

xxxxxx

füchtig. Mädchen

für Haus und Küche sofort oder
1. April gesucht

R. Lahnstein, Wilhelmstraße 59.

xxxxxx

erschrockenes Mädchen

für Haus und Küche gesucht.

Frau Son. Röh. Dr. Schnell

xxxxxx

Junges Mädchen

für Lehrstelle bei füchtiger

Mutter zu erfragen in der

Geschäftsstelle.

xxxxxx

Fleißige Frau sucht

Arbeit in Waschen u. Bühen,

die auch alle Garten- und Feldarbeit versteht.

Röh. Geschäftsstelle

xxxxxx

Stundenmädchen

für Vormittags gesucht.

R. Lahnstein, Schlangenweg 14.

xxxxxx

Stundenarbeit.

Zu erfragen i. d. Geschäftsstelle.

Französ. Kursus

für Damen u. Herren im Gasthof
zur "Alten Schänke". Beginn
am 20. März. Anmeldungen
bei Herrn Neßmer, Ober-
lahnstein, Adolfstraße 28 oder bei
Herrn

Diplom-Ingenieur Klomp,
Camp. a. Rhein.

xxxxxx

Marineheim-Lose

1 Mk. 3,60 11586 Geldgew.

Ziehung vom 3. 5. April.

Haupt- Gewinn 100 000 50 000

20 000 Mk. bares Geld.

(Porto 15 Pt. jede Liste 30 Pt.)

versendet Glucks-Kollekte

Hch. Deecke, Kreuznach

xxxxxx

Städtische höhere Mädchenschule

Oberlahnstein.

Anmeldungen können täglich, bis zum 1. April cr., von
11—12 Uhr und von 2—3 Uhr im Schulgebäude, Hafen-
straße 1, Zimmer 1, erfolgen.

Für die schulpflichtig werdenden Kinder, Mädchen und
Knaben, sind Geburts- bzw. Tauf- und Impfsscheine,
für Schülerinnen, welche aus anderen Schulen übertragen,
Impfchein und das lege Schulzeugnis vorzulegen.

Das Schulgeld beträgt für die drei unteren Klassen
vierteljährlich 15 Mt., für Auswärtige 20 Mt., für die üb-
rigen Klassen 20 Mt., für Auswärtige 25 Mt.

Ritterfeld, Schulvorsteherin.

Sozialdemokratische Partei

Ortsgruppe Oberlahnstein.

Alle Wähler und Wählerinnen obengenannter
Partei werden gebeten, sich in der hier gebildeten
Ortsgruppe als Mitglieder aufzunehmen zu lassen.

Anmeldungen nehmen entgegen

Der Vorsitzende Der Schriftführer

Ernst Döner, Albert Löwenstein,
Adolfstraße 44 1. Mittelstraße 15 1.

15. landwirtschaftl. Bezirksverein.

Bekanntmachung.

Die Herren Mitglieder und Freunde des Vereins werden
zur Frühjahr-Bezirksversammlung auf

Sonntag, den 16. März d. J., nachmitt. 1½ Uhr,
St. Goarshausen, Rheinischer Hof

hiermit ergeben eingeladen.

Der Vorsitzende: Berg, Geh. Regierungsrat.

Tagessordnung.

1. Prüfung und Feststellung der Rechnung pro 1918

2. Feststellung des Rechnungsvoranschlags für 1919.

3. Wahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder

4. Vortrag des Landwirtschaftsinspektors Hlad zu Nassau

über "dringende landwirtschaftliche Arbeiten"

5. Verschiedenes, sowie Anträge und Wünsche.

4%ige Anleihe der Stadt Coblenz

vom Jahre 1919

eingeteilt in Stücke zu 500, 1 000, 500, und 200 Mark.